54. Jahrgang. № 53. Mittwoch, 23. Februar 1910.

Bezugsgebühr vierteljährl. für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung (an Sonn- und Montagen nur einmal) 2,50 Mk., durch auswärtige Kommissionäre 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld). Die dem Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher gefertigten Ober-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen geliefert. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. — Unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3601.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38 40.

Anzeigen-Tarif Annahme von Ankündigungen bis nachm. 3 Uhr, Sonntags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die einspaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pf., Familien-Nachrichten aus Dresden 20 Pf., Geschäfts-Anzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pf., die zweispaltige Zeile a. Textseite 60 Pf. — In Nummern nach Sonn- u. Feiertagen die einspaltige Grundzeile 30 Pf., auf Privatseite 40 Pf., Familien-Nachrichten a. Dresden die Grundzeile 25 Pf. — Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Jeder belegte Brief 10 Pf.

Seidel & Naumann Naumanns Nähmaschinen Germania-Fahrräder
Hauptniederlage: Dresden-A., Struvestrasse 9, nahe Prager Strasse.

Petroleum- u. Spiritusglühlicht-
Lampen einfachster Art bis zu den feinsten kunstgewerbl. Ausführungen
:: in konkurrenzloser Auswahl. ::
Julius Schädlich, Kronleuchter-Fabrik, Am See 16. Fernsprecher 1136.

Galerie E. Arnold
Schloss-Strasse 34.
:: William Strang (London) ::
Hans v. Volkmann • K. E. Göllner.

B. A. Müller Kgl. Sächs. Hoflieferant
32 34 PRAGER STRASSE 32 34.
Rollschuhe mit Prima-Kugellager Paar von M. 9.50 an, ohne Kugellager Paar von M. 1.75 an. Grösste Auswahl.

Lederwaren. Reise-Artikel. Weitgehendste Auswahl in **Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.** **Adolf Näter,** Grösstes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Mutmaßliche Witterung: Kühl, veränderlich.

Die Gewerbekammer zu Dresden sprach sich gegen den 10 000 Mark-Beitrag der Stadt zum Zentralarbeitsnachweis aus.

Die Reichswertzuwachssteuer soll dem Reichstag noch in dieser Session zugehen.

Deutschland hat auch mit Schweden eine Vereinbarung zur Vereinfachung des Rechtshilfeverkehrs getroffen.

In der Dreifaltigkeitskirche zu Berlin fand gestern die Trauerfeier für den Grafen Stolberg statt, wobei der Kaiser sich durch den Kronprinzen vertreten ließ.

Die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer trat in Berlin zu ihrer 35. Generalversammlung zusammen.

Am 5. März tagt in Hamburg das Komitee zur Vorbereitung der arktischen Zeppelin-Hergesell-Expedition.

Der Streik der Straßenbahnangestellten in Philadelphia hat den allgemeinen Ausstand aller Arbeiterverbände nach sich gezogen.

Angebliche Krisengerüchte.

Sachsen soll nicht zur Ruhe kommen. Kaum haben sich die Wogen der Erregung anläßlich der Wahlrechtskämpfe einigermaßen gelegt, kaum hat der Zwang zum Schaffen die nationalen Parteien zu gemeinsamer Arbeit einander wieder etwas näher gebracht, und schon sind gewisse Elemente an der Arbeit, den mühsam errungenen äußeren Frieden von neuem zu stören. Es ist eine zielbewußte unaufhörliche Minierarbeit, die sich diesmal nicht gegen die gegnerische Partei richtet, sondern gegen die Vertrauensmänner der Krone, gegen einzelne Mitglieder der Regierung, oder, wie der Abgeordnete Langhammer sagte, gegen „die Minister überhaupt". Der vorgestrige Zwischenfall in der Zweiten Kammer zwischen dem Finanzminister Dr. von Rüger und dem nationalliberalen Abgeordneten Gleisberg ist nur ein Glied in der Kette dieser Vorstöße. An und für sich gänzlich unbedeutend gewinnt der Vorfall eine symptomatische Bedeutung im Zusammenhang mit dem in jüngster Zeit inszenierten Pressefeldzug gegen die Regierung, in dem unter der geheimnisvollen Ueberschrift „Krisengerüchte" in sächsischen und auswärtigen Blättern die geheimen Wünsche der an die Oberfläche drängenden Elemente zutage treten. Dabei decken sich in schönster Harmonie Parteiinteressen mit dem Sensationsbedürfnis gewisser Blätter, und es ist ein erbaulicher Anblick, wie hier in dem Tone des warmen Patrioten zum Kampf aufgefordert wird gegen die Regierung, die in ihrer Geschlossenheit sich freilich nicht anschicken will, sich allen Wünschen der Herren Günther und Bär oder der Herren Hettner und Langhammer auf Kommando zu fügen. Dies ist nämlich des Pudels Kern. Eine Krisis ist aber deshalb noch nicht gegeben, denn von einer solchen könnte erst die Rede sein, wenn das Vertrauen der Krone schwankend geworden wäre. Bei all diesen Gerüchten ist nur der Wunsch der Vater des Gedankens.

Die Erfolge der letzten Wahlen haben, wie ja auch nicht anders zu erwarten war, ein erhebliches Anschwellen des Radikalismus zur Folge gehabt, und die jetzige Zusammensetzung der Zweiten Kammer bietet den liberalen und demokratischen Elementen die Möglichkeit, im gegebenen Falle der Regierung eine oppositionelle Mehrheit entgegenzustellen. Bei verschiedenen Gelegenheiten ist dieser Fall bereits eingetreten, nur daß die Regierung sich dem Willen dieser Mehrheit nicht fügen konnte, da sie das Gesamtwohl des Landes im Auge haben muß und nicht das Wohl einer zufälligen Majorität. Landeswohl und Parteiwohl ist aber noch lange nicht ein und dasselbe, zumal jede neue Wahl neue Parteikonstellationen mit sich bringen kann. Den radikalen Elementen im sächsischen Landtag ist dieser Zustand erklärlicherweise reichlich unangenehm und so beginnt jetzt ein fröhliches Kesseltreiben gegen die Männer, die das Vertrauen der Krone haben. Das wird zwar mit sittlicher Entrüstung abgeleugnet, ja, es wird sogar behauptet, die Nationalliberalen und die Freisinnigen hätten gar kein Interesse daran, einen Konflikt mit der Regierung herbeizuführen, in demselben Atemzug wird aber die Forderung aufgestellt, die Regierung solle entweder den Landtag auflösen oder die „hemmenden Faktoren müßten Männern den Platz räumen, die mit dem Parlament positive ersprießliche Arbeit zu leisten gewillt und imstande seien". Für eine derartige „Logik" fehlt vielen Leuten das Verständnis.

Den äußeren Anlaß zu den jetzigen Angriffen gab die Haltung der Regierung zu den Anträgen über eine Reform der Ersten Kammer. Dabei möchte man gern einen Zwiespalt innerhalb der Regierung konstruieren, indem man einen Gegensatz zwischen den Aeußerungen des Grafen Vitzthum außerhalb und innerhalb des Landtages feststellen zu müssen glaubt. Infolgedessen, so folgert man, sind im Gesamtministerium starke Einflüsse, denen sich der Minister des Innern unterwerfen muß. Wenn man also den Grafen Vitzthum angreift, so meint man doch in erster Linie jemand anderen, nämlich den stärksten Vertreter der grundsätzlichen Auffassung der Regierung, den Finanzminister Dr. von Rüger. Deshalb wurde der Vorfall in der vorgestrigen Sitzung der Zweiten Kammer auch gern zu einem energischen Vorstoß gegen diesen Minister benutzt. Dabei unterliegt es keinem Zweifel, daß die Regierungserklärung die Meinung des Gesamtministeriums darstellt. Es ist auch ganz unerfindlich, wie man einen Gegensatz aus den Aeußerungen des Grafen Vitzthum innerhalb und außerhalb des Landtages heraushören will. Die Zurückhaltung der Regierung ist durchaus verständlich. Das neue Wahlgesetz hat die Situation gegenüber der im alten Landtag vollkommen verändert, an Stelle der konservativen Mehrheit ist eine liberal-demokratische Majorität getreten, die sich bei verschiedenen Gelegenheiten auch in der Tat schon betätigt hat. Die Grundbedingung für eine gedeihliche Entwicklung des Landes ist aber die Stetigkeit seiner inneren Politik, die durch die Erste Kammer gewährleistet werden soll. Denn nur dann hat ein Herrenhaus überhaupt Existenzberechtigung, wenn es die Gewähr bietet, daß alle überstürzten Neuerungsbestrebungen an ihm ihre Grenze finden. Aus diesen Erwägungen heraus hat man selbst in republikanischen Ländern das Zweikammersystem eingeführt. Wenn nun die Erste Kammer diese ihre Grundbedingung erfüllen soll, so ist es auch selbstverständlich, daß alle parteipolitischen Kämpfe, alle Agitationen von ihr ferngehalten werden müssen, d. h., daß ihre Zusammensetzung nicht durch Wahlen bedingt werden darf. Wahlen sind ohne Agitationen, ohne Kandidaten und Gegenkandidaten nicht möglich, wir würden also schließlich dieselben Parteikämpfe bei den Wahlen zur Ersten Kammer erleben wie bei denen zur Zweiten Kammer. Diese sollen aber gerade ausgeschaltet werden. Wird aber ein Teil der Ersten Kammer gewählt, so ist damit der Bruch mit dem bestehenden Prinzip vorhanden. Dann wird es über kurz oder lang dahin kommen, daß sämtliche Mitglieder des Herrenhauses gewählt werden, und die Zusammensetzung der Ersten Kammer würde sich von der der Zweiten Kammer nur unwesentlich unterscheiden, zumal wenn die jetzige Reform darauf hinauslaufen soll, eine berufsständische Interessenvertretung aus der Ersten Kammer zu machen. Damit fällt aber das ganze Zweikammersystem in sich selber zusammen, denn ein derartiges Oberhaus würde seine Aufgabe, der ruhende Pol in der politischen Entwicklung des Landes zu sein, nicht mehr erfüllen können, wir würden dem Einkammersystem zutreiben, da ein derartiges rein berufsständisches Oberhaus ganz überflüssig geworden wäre. Infolgedessen ist die Zurückhaltung der sächsischen Regierung wohl begreiflich. Dabei hat die Regierung immer betont, wie das die offiziöse „Leipz. Zt.g" soeben nachdrücklich wieder ausgeführt hat, daß sie mit einer Vermehrung der Vertreter von Handel, Industrie und Gewerbe in der Ersten Kammer grundsätzlich einverstanden ist. Nur über den einzuschlagenden Weg dieser Reform ist man sich noch nicht schlüssig geworden, und es sollte für alle einsichtigen Politiker wohl verständlich sein, daß bei einer derartig wichtigen Frage, zumal unter den jetzigen Verhältnissen, reifliche Erwägungen notwendig sind. Als gangbaren Weg bezeichnet die Regierung selbst das Präsentationsrecht verschiedener Körperschaften.

Es wird nun von jenen Kreisen, die zu einem Konflikt drängen, mit besonderem Nachdruck betont, die Regierung könne nicht auf die Dauer gegen den Willen der Mehrheit der Volksvertretung regieren. Dieser Satz, in das Positive verkehrt, heißt: Der König muß sich bei der Wahl seiner Minister stets nach der jeweiligen Kammermehrheit richten. Diese Folgerung wird ja auch in der Tat von demokratischer Seite gezogen, die Regierung ist also weiter nichts als die Willensvollstreckerin der zufälligen Kammermajorität. Das ist reine Parlamentsherrschaft, wie sie z. B. in England als das Ideal aller Demokraten existiert. Die historische Entwicklung unseres Heimatlandes ist aber eine andere als die Englands. Verfassungen müssen aber wie jede politische Entwicklung auf dem Historischen, Bestehenden aufbauen, wenn anders sie nicht zerstörend wirken sollen. Zudem ist in England für den Radikalismus kein Boden, dort werden sämtliche Parteien getragen von einem starken Nationalgefühl, einer warmen Vaterlandsliebe und einer ausgeprägt monarchischen Gesinnung. Würden wir eine reine Parlamentsherrschaft aufrichten, so würde sie schließlich in eine Herrschaft des Radikalismus ausarten. Mag unser Liberalismus sich noch so oft als das vorwärts treibende Element bezeichnen, er ist nicht der treibende Geist, sondern der getriebene. Die wirkliche Triebkraft aller Bewegung in der jetzigen politischen Entwicklung ist der von der Sozialdemokratie geleitete Radikalismus. Von seinen Flügeln lassen sich heute die unentwegten Bekämpfer jeder konservativ oder regierungsfreundlich angehauchten Anschauung emportragen, bis sie schließlich einmal merken werden, daß sie in den nationalen Kreisen den Boden verloren haben und von der Sozialdemokratie überrannt werden. Die Regierung würde also, falls sie dem Verlangen der Opposition nachgeben würde, nicht vor dem Liberalismus kapitulieren, sondern vor dem Radikalismus.

Höchstwahrscheinlich wird sich die Regierung durch den jetzigen Ansturm nicht aus der Ruhe bringen lassen. Sie hat keinen Grund, Konflikte heraufzubeschwören, sie hat auch gar kein Interesse daran. Wohl aber scheint man in liberalen Kreisen ein lebhaftes Interesse daran zu haben, einen Streit mit der Regierung vom Zaun zu brechen. Das beweist der obenerwähnte Zwischenfall in der Zweiten Kammer. Dr. von Rüger besitzt trotz seiner 72 Jahre einen Ueberschuß von Temperament, der ihn zuweilen dazu verführt, Opponenten, denen er sich aus innerster Ueberzeugung weit überlegen fühlt, etwas unsanft zu begegnen. Solche Zwischenfälle werden von seinen persönlichen und grundsätzlichen Gegnern neuerdings sofort zu einem Vorstoß ausgenützt, um gegen das von ihm vertretene Regierungssystem anzustürmen. Dabei erkennen einsichtige liberale Kreise unumwunden an, daß die Regierung in den letzten Jahrzehnten sich von jeder einseitigen Vertretung etwa konservativer Interessen ferngehalten und gemäßigten liberalen Anforderungen stets Rechnung getragen hat. Das genügt natürlich den Kreisen nicht, die von einer Verschärfung der politischen Lage Vorteile persönlicher oder parteipolitischer Art erhoffen.

Hoffmann, Heffter & Co., Dresden, Kingstr. 19 — Telephon 1670.
Weine, welche die Herren Aerzte in Apotheken verordnen: Tokajer, herb u. süss, Port., Sherry, Marsala, Madeira, Malaga.

Neueste Drahtmeldungen

vom 22 Februar.

Zum Tode des Grafen Stolberg-Wernigerode.

Berlin. (Priv.-Tel.) In der Dreifaltigkeitskirche fand heute nachmittag die Trauerfeier für den verstorbenen Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg in Gegenwart des Kronprinzen, des Reichskanzlers, zahlreicher Minister, Vertreter des Bundesrats, sowie vieler Abgeordneter statt. Die Aufbahrung des Eichensarges vor dem Altar war würdig und schlicht. Zu Häupten des Sarges lagen die Kränze des Kaisers und des Kronprinzen mit denen der Familie. Eine Fülle von Blumen und Palmen mit Widmungsschleifen umgab den Sarg. Sämtliche Fraktionen des Reichstages einschließlich der Sozialdemokraten hatten Kränze niederlegen lassen. Die Trauerrede hielt Konsistorialrat Lahusen. Nach der Trauerfeier erfolgte die Ueberführung der Leiche nach dem Lehrter Bahnhof. Dem Leichenwagen folgten Galawagen des Kaisers und der Kaiserin. Bei der Beisetzung in Döhnhofstedt wird der kommandierende General von Mackensen den Kaiser vertreten.

München. Zu Beginn der Sitzung der Kammer der Abgeordneten teilte Präsident v. Orterer mit, daß er an den Reichstag aus Anlaß des Ablebens des Grafen zu Stolberg ein Beileidstelegramm gesandt habe und widmete darauf dem Verstorbenen einen warm empfundenen Nachruf unter Hinweis auf die ritterlichen und edlen Eigenschaften des Grafen.

Graf Aehrenthal in Berlin.

Berlin. Der Kaiser hat dem österreichisch-ungarischen Minister des Auswärtigen Grafen Aehrenthal die Brillanten zum Schwarzen Adlerorden verliehen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Heute abend ist zu Ehren des österreichischen Ministers des Auswärtigen Grafen Aehrenthal Diner beim Reichskanzler angesetzt. Morgen findet ein Diner beim österreichisch-ungarischen Botschafter statt, an dem voraussichtlich auch der Kaiser und die Kaiserin teilnehmen werden. Für Donnerstag ist ein Diner beim bayrischen Gesandten Grafen v. Lerchenfeld,